



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 07

24. März 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Besoldungsanpassung für Beamte: Eine „sozial gestaffelte Unverschämtheit und Ungerechtigkeit!“**
- 02 Die sozial gestaffelte grün-rote Ungerechtigkeit in Euro und Cent**
- 03 Die Fraktionsvorsitzenden Schmiedel und Sitzmann beteiligen sich an unwürdiger Schlammschlacht gegen den BWV-Vorsitzenden**
- 04 Ausschreitungen in Mannheim
34 Festnahmen nach badischem Fußball-Derby**
- 05 dbb begrüßt Kompromiss zur Bestandsdatenauskunft**

01 Besoldungsanpassung für Beamte: Eine „sozial gestaffelte Unverschämtheit und Ungerechtigkeit!“
--

Quelle: DPoIG

Bevor wir über die von der grün-roten Landesregierung beabsichtigte Besoldungsanpassung berichten, wollen wir an dieser Stelle erneut über Lügen, über verlorene Glaubwürdigkeit und politische Verlässlichkeit berichten. Den Spiegel der Wahrheit und Ehrlichkeit werden wir der grün-roten Regierungskoalition bis zur anstehenden Bundestagswahl und bis zur nächsten Landtagswahl bei jeder Gelegenheit vorhalten. Wir sind nicht bereit, nach zwei Sparpaketen in den ersten beiden Regierungsjahren jetzt auch noch diese „sozial gestaffelte Unverschämtheit und Ungerechtigkeit“ protestlos hinzunehmen und vielleicht noch weitere Grausamkeiten abzuwarten. Die Kolleginnen und Kollegen an der Basis sind stinksauer! Das beweisen die vielfältigen kritischen Anmerkungen die uns dieser Tage erreichen. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten von ihren Gewerkschaften einen sehr viel kraftvolleren Protest gegen diese Politik. Und es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein, diesem Protest Ausdruck zu verleihen. Die Landesregierung hat den zu erwartenden Konflikt mit der Beamtenschaft provoziert und hat die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Zur Erinnerung:
Wahlprüfsteine der DPoIG zur Landtagswahl 2011

Auf die Frage der DPoIG

„Müssen unsere Kolleginnen und Kollegen (Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte, Feuerwehrbeamte sowie Versorgungsempfänger) auch in der nächsten Legislaturperiode mit weiteren finanziellen Einschnitten rechnen (Besoldung und Versorgung, Zulagen, Beihilfe/Freie Heilfürsorge)?“

antwortete die **SPD-Fraktion** mit den Unterschriften von Claus Schmiedel, Nils Schmid und Reinhold Gall:

Nein, wir beabsichtigen in diesen Bereichen keine weiteren Einschnitte vorzunehmen.

Und die Antwort der **GRÜNEN** stand der der SPD in nichts nach:

Die Polizei darf nicht immer nur Melkkuh für Einsparziele der Landesregierung sein. Daher schließen wir weitere finanzielle Einschnitte für aktive Beamtinnen und Beamte aus. Auch die Heilfürsorge soll nicht angetastet werden.

Heute wissen wir, dass das alles bloße Lügen waren.

Land erhöht Beamtenbesoldung zeitlich sozial gestaffelt

Quelle: Pressemitteilung des Staatsministeriums BW vom 20.03.2013



Die von der Tarifgemeinschaft der Länder ausgehandelte Lohnsteigerung von 2,65 Prozent im Jahr 2013 und 2,95 Prozent im Jahr 2014 sowie die Gehaltserhöhungen bei den Auszubildenden werden inhaltsgleich

auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger übertragen, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung. „Dieser Abschluss war ein harter Kompromiss, der der Landesregierung schwer gefallen ist, weil er den schwierigen Rahmenbedingungen des Haushalts nur teilweise Rechnung trägt. Wir sind der Beamtenschaft weit entgegengekommen, wir würdigen und anerkennen damit die Leistungen unseres leistungsfähigen Öffentlichen Dienstes. Die inhaltsgleiche, aber zeitlich sozial gestaffelte Verschiebung lässt die Beamtenschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben“, erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am Mittwoch (20. März 2013) in Stuttgart. „Die Beamten und Richter leisten einen enormen Beitrag für das Allgemeinwohl. Sie dürfen nicht dauerhaft von der Lohnentwicklung in der Wirtschaft abgekoppelt werden. **Dies gilt auch für die Versorgungsempfänger**“, sagte der Minister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid.

Die Besoldungserhöhung erfolgt für die Beamten mit einer zeitlichen Verschiebung, sozial gestaffelt nach Laufbahnen. So wird das Tarifergebnis

- für die Besoldungsgruppen bis einschließlich A9 mit einer Verzögerung von sechs Monaten zum 1. Juli des laufenden Jahres,
- für die Besoldungsgruppen A 10 und A 11 mit einer Verzögerung von neun Monaten zum 1. Oktober des laufenden Jahres und
- für die Besoldungsgruppen ab A 12 mit einer Verzögerung von zwölf Monaten zum 1. Januar des Folgejahrs übertragen.

Diese sozial gestaffelte Verschiebung wird auch auf die Übertragung des Tarifs in 2015 und 2016 angewendet werden.

Für diesen Abschluss (Angestellte und Beamte insgesamt) ist im Haushalt für 2013 und 2014 in Höhe von 900 Millionen Euro Vorsorge getroffen worden. Die tatsächlichen Mehrkosten liegen in 2013 um rund 178 Millionen Euro und in 2014 noch um rund 2 Millionen Euro niedriger als geplant. Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Damit ist aber auch klar, weitere strukturelle Maßnahmen zur nachhaltigen Haushaltssanierung, sind notwendiger denn je.“ Und Finanzminister Nils Schmid: „Wir sind damit bis an die Schmerzgrenze dessen gegangen, was der Haushalt gerade noch verkraften kann.“

02 Die sozial gestaffelte grün-rote Ungerechtigkeit in Euro und Cent

Quelle: DPoIG/DStG



Es ist nicht immer ganz einfach, die per Pressemitteilung dargestellten Besoldungsanpassungen in ihren Auswirkungen genau zu berechnen. Auszugehen ist bei den Besoldungsanpassungen auf die Beamtinnen und Beamten überdies, dass je Besoldungserhöhung noch jeweils 0,2% als Versorgungsrücklage abgeführt werden müssen und das Gesamtergebnis damit noch weiter reduzieren. Von Kollegen der Deutschen Steuergewerkschaft haben wir folgende vorläufige Bewertung und Berechnung erhalten:

Im Haushalt waren für die Gehalts- und Besoldungserhöhung für die Jahre 2013 und 2014 je 1,5 % = insgesamt 3 % Mehrausgaben zurückgestellt. D.h., wir erhalten tatsächlich deutlich weniger als bereits zu niedrig zurückgestellt wurde. Das gab es

noch nie! Das hatte sich noch keine andere Vorgänger-Sparregierung erlaubt. Das Land spart kräftig und unverfroren an uns Beamten. Das bedeutet ein weiteres Sonderopfer. Im Jahr 2013 betragen die Einsparungen im Landeshaushalt 178 Millionen und im Jahr 2014 immerhin noch 2 Millionen Euro. Insgesamt sind wir dem Land 180 Millionen weniger wert als ursprünglich zu knapp geplant.

Die Brutto-Einkommensverluste und damit „Nicht-Teilhabe“ an der rechtsstaatlichen und allgemeinen Einkommensentwicklung im Vergleich zu den Tariflöhnen und auch mit Blick auf die Diätenerhöhungen können vorläufig wie folgt dargestellt werden:

A 7:

2013 Verlust:	427,-- €
2014 Verlust:	485,-- €
Gesamtverlust:	913,-- €

A 9:

2013 Verlust:	479,-- €
2014 Verlust:	543,-- €
Gesamtverlust:	1.022,-- €

A 11:

2013 Verlust:	831,-- €
2014 Verlust:	948,-- €
Gesamtverlust:	1.779,-- €

**Was ist daran
"sozial gestaffelt"?**

Ab A 13:

2013 Verlust:	1.304,-- €
2014 Verlust:	1.588,-- €
Gesamtverlust:	2.892,-- €

PS: Die Planungen der grün-roten Landesregierung sind keine „gefühlte“, sondern eine **echte Nullrunde**, solange die Landesregierung wie berichtet davon ausgeht, dass die Systematik auch für die folgenden Tarifrunden gelten soll und solange kein Enddatum dieser Unverschämtheit und Ungerechtigkeit festgelegt wird!

03 Die Fraktionsvorsitzenden Schmiedel und Sitzmann beteiligen sich an unwürdiger Schlammschlacht gegen den BBW-Vorsitzenden

Quelle: dpa/lsw, 20.03.2013, Stuttgarter Zeitung vom 21.3.13, u.a.

Unter der Überschrift „Grün-Rot erhöht Beamtenbezüge zeitlich gestaffelt“ berichtete u.a. die Stuttgarter Zeitung über die Maßnahme der Landesregierung, aber auch über die Kritik der Gewerkschaften. Zitat: „Die Fraktionschefs von Grünen und SPD, Edith Sitzmann und Claus Schmiedel, sagten, dass ein Vorschlag von Beamtenbundchef Volker Stich vom Wochenende aufgegriffen worden sei.“ Stich habe am Samstag (16.03.13) erklärt, dass man akzeptieren müsse, wenn die Regierung die Übertragung der Tariferhöhung lediglich um ein Jahr verschiebe. Kurz danach sei er jedoch zurückgerudert und habe erklärt, dass der Beamtenbund weiter auf eine Eins-zu-Eins-Übernahme poche.

Dass die gewerkschaftliche Konkurrenz aus solchen Presse-Enten Kapital zu schlagen versucht ist zwar ärgerlich, aber irgendwie vielleicht sogar noch verständlich. Dass aber die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien nach Kenntnis zahlreicher Dementis und Richtigstellungen im Fernsehen, im Rundfunk und in den Printmedien absichtlich und derart ungeniert den BBW-Vorsitzenden öffentlich diskreditieren, ist ein absolut neuer, aber inakzeptabler Politikstil, der ihnen sicherlich noch selbst auf die Füße fallen wird.



Bereits in unserem DPoIG-ID Nr. 06/2013 haben wir versucht, die Abläufe der Fehlinterpretation und Falschmeldungen über die vermeintlichen Zugeständnisse des BBW-Vorsitzenden Stich richtig darzustellen. Kein Zweifel über die Grundsatzposition des Beamtenbundes sollte es jedoch mehr nach dem Interview von Volker Stich in der

SWR-Landesschau vom 20.03.2013 mehr geben, welches unter nachfolgendem Link angesehen werden kann.

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell-bw/-/id=98428/did=11171794/pv=video/nid=98428/a2pvdw/index.html>

Der Entscheidungsfindung der grün-roten baden-württembergischen Landesregierung kam möglicherweise die der rot-grünen nordrhein-westfälischen Landesregierung zu Pass. Die Ministerpräsidentin von NRW, Hannelore Kraft (SPD), hatte am 18.03.2013 bekannt gegeben, die Gehälter nur bis zur Besoldungsgruppe A10 mit 2,65 % in 2013 und 2,95 % in 2014 zu erhöhen. Davon sind gerade einmal 49.340 Beamte betroffen. Die Besoldungsgruppen A11 und A12 sollen pro Jahr 1 % mehr

bekommen. Das sind 73.500, sodass 125.200 Beamten ab der Besoldungsgruppe A13 eine weitere Nullrunde zugemutet werden soll.

Bekannt wurde mittlerweile auch, dass zumindest die Bundesländer Bayern, Hamburg und Niedersachsen eine zeit- und inhaltsgleiche Besoldungsanpassung vornehmen wollen. Rheinland-Pfalz hatte bereits für die gesamte Legislaturperiode eine Besoldungsdeckelung von 1% p.a. beschlossen. Die Delegation der Besoldungskompetenz im Zuge der Föderalismusreform zeigt sich mittlerweile in ihrer vollen Dimension.

(Schwäbisches Tagblatt vom 20.03.2013) Volker Stich vehement: "NRW kann keine Lösung sein. Das wäre der Versuch, den Klassenkampf alter Form aufzurufen und Besserverdiener gegen Geringverdiener auszuspielen. Das würde nach hinten losgehen - zumal Baden-Württemberg finanziell viel, viel besser dasteht als Nordrhein-Westfalen".

Wie auch immer: Sitzmann und Schmiedel wollen mit solchen Behauptungen und Äußerungen die Beamtenschaft gegen deren Verbandsvorsitzenden aufbringen und gießen damit noch mehr Öl ins Feuer. Ein solch durchsichtiges und widerliches Verhalten wird die Loyalität der Fachgewerkschaften des BBW zu ihrem Vorsitzenden nur stärken!

04 Ausschreitungen in Mannheim 34 Festnahmen nach badischem Fußball-Derby

Quelle: RP.Online vom 24.03.2013



In Folge der Ausschreitungen im Anschluss an das badische Pokal-Derby zwischen dem Regionalligisten Waldhof Mannheim und dem Drittligisten Karlsruher SC (0:2) am Samstag hat die Polizei insgesamt 34 Rowdys vorläufig festgenommen. Mehrere Hundertschaften der Ordnungshüter waren am Rande des Viertelfinal-Spiels im BFV-Pokals im Einsatz.

Das BFV-Pokalspiel zwischen Waldhof Mannheim und dem Karlsruher SC ist von Ausschreitungen überschattet worden.

Die Polizisten setzten Tränengas und Schlagstöcke ein, um die rivalisierenden Anhänger zu trennen. Aus Karlsruhe waren rund 1500 Fans angereist. Die Festgenommenen stehen unter dem Verdacht der Beleidigung, der Sachbeschädigung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Das teilte das Polizeipräsidium in Mannheim mit.

Weiteres Videomaterial soll in den nächsten Tagen ausgewertet werden. Während des Derbys war es im Stadion relativ ruhig geblieben. Als die Polizisten die KSC-Fans nach der Partie von der Arena zum Bahnhof geleiteten, brach der Straßenverkehr in der Innenstadt von Mannheim zeitweise zusammen.

Hierzu „empfehlen“ wir folgende Website: <http://www.ultras.ws/post665952.html>

Auszug (Schreibfehler übernommen):

Es wurde mehrmals geschlossen der Versuch gestartet den KSC Mob zu attackieren... schöne Jagdszenen, darunter beteiligt ein Personenkreis im dreistelligen Bereich! Und der Mob war wie schon erwähnt, erste Klasse, und die Karlsruher hätte hier sicher den Kürzeren gezogen. Von dem Zugangriff habe ich gehört, kann dazu aber nicht mehr sagen, als das die bekannte Zahl an Mannheimer beteiligt sein sollten... Ausgang unbekannt. Schöner oldschool Fussballabend. Einige Gesichter wiedergetroffen und zudem von Mannheimer persönlich erfahren dürfen, wie groß doch die Abneigung gegenüber Frankfurter "Migranten/Kanacken" ist. Sport Frei!

05 dbb begrüßt Kompromiss zur Bestandsdatenauskunft
--

Quelle: dbb newsletter 033/2013 vom 22.03.2013

Die Bestandsdatenauskunft ist unerlässlich im Alltag der Polizei, des Zolls, der Kriminalämter und der Nachrichtendienste. Sie wird z. B. bei der Verfolgung von Kinderpornographie im Netz gebraucht, aber auch zur Ermittlung eines Telefonanschlussinhabers, der einen Selbstmord angekündigt hat. Liegt gegen eine Person ein Verdacht vor, kann die Polizei bei dem jeweiligen Telekommunikationsunternehmen eine Auskunft über z.B. Name und Anschrift des Kunden erfragen. Das Bundesverfassungsgericht hatte jedoch explizite Regelungen für Auskünfte über dynamische IP-Adressen eingefordert, die einem Nutzer zugeordnet werden, sowie über Passwörter von E-Mail-Diensten des Kunden und PIN und PUK seines Mobiltelefons.

„Es ist ein Kompromiss der großen Bundestagsparteien, aber ein guter“, sagte Kirsten Lühmann, die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, anlässlich des Beschlusses zur Bestandsdatenauskunft im Bundestag am 22. März 2013 in Berlin. „Es wurden erhebliche rechtstaatliche Verbesserungen erreicht gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung.“

„Eine wesentliche Verbesserung ist, dass der Anwendungsbereich klarer gefasst wurde“ sagte Kirsten Lühmann. „Bei Auskünften über dynamische IP-Adressen und über Zugangssicherungs-codes gibt es jetzt die Pflicht, die Betroffenen zu benachrichtigen. D. h., diese können Rechtsschutz dagegen in Anspruch nehmen. Bei heimlichen Auskünften über E-Mail-Passwörter oder Handy-Pins muss jetzt die Genehmigung eines Richters eingeholt werden.“ Was die Behörden jedoch in keinem Fall erhalten, sind Informationen darüber, wer wann mit wem telefoniert hat oder wo sich ein Handy zu einer bestimmten Zeit befunden hat. Eine „Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür“, so die dbb-Vize, liegt hier also nicht vor.

Ende DPoIG-ID Nr. 07/2013